Januar 2018

DIE LINKE.
Ortsverband Neuenhagen bei Berlin

ANSICHTEN-AUSSICHTEN

Durchbruch in der Eisenbahnstr.
Seite 2 >>>

Ein Vorschlag: Bürgerbeteiligung
Seite 5 >>>

Lösungen für Verkehrsprobleme
Seite 6 >>>

Kindervater: Den Dialog mit den Bürgern stärken

Die Weihnachtszeit ist eine besinnliche Zeit. Ob wie hier auf dem Neuenhagener Weihnachtsmarkt an der Arche oder in der Familie: Man kommt zusammen, lässt ein wenig das Jahr Revue passieren und erfreut sich an Gebäck und warmen Getränken. Aber auch Wünsche an das neue Jahr dürfen nicht fehlen. Was sich einige Neuenhagener für ihren neuen Bürgermeister wünschen, erfahren Sie in dieser Ausgabe auf **Seite 2 und 3.**

Linksaktiv

„Der Verkehr in Neuenhagen wird immer mehr." „Ich vermisse ein Schwimmbad." „Wir begrüßen Ihren Plan, einen Jugendclub zu bauen und werden dieses Vorhaben sehr genau verfolgen."

Dies sind nur einige Meinungen, die uns auf unserer Webseite zur Bürgermeisterwahl **www.team-kindervater.de** erreicht haben.

Bürgermeister wird man nicht für sich und nicht alleine. Eine einsame und isolierte Rathausspitze schwirrt im luftleeren Raum. Als wir uns dazu entschieden haben, als Team anzutreten, war das eine bewusste Entscheidung.

Uns ist vor allem wichtig, dass Ideen, Hinweise und Kritiken der Bürgerinnen in diesem Bürgermeisterwahlkampf und natürlich auch danach mehr Gehör finden.

Daher rufen wie Sie auf: Machen Sie weiter so rege davon Gebrauch, sich Gehör zu verschaffen und mischen Sie sich ein.

Mischen Sie sich ein auf den Diskussionsrunden wie bspw. denen des Bürgervereins Neuenhagener Zentrum am **15. Januar um 19 Uhr im Bürgerhaus**, vom Bürgerverein Bollensdorf am **2. Februar im Clubhaus des NTC** oder am **10. Februar beim Siedlerverein Waldidyll**.

Nutzen Sie auch unsere Webseite oder unsere Auftritte in den sozialen Medien.

Wir werden in den kommenden Wochen viel unterwegs und für Sie ansprechbar sein. Auch weitere Veranstaltungen, die wir derzeit noch planen, finden Sie ebenso online.

Nachdenken über einen Bürgermeister-Kandidaten

Irmgard Kortkamp

In bin Irmgard Kortkamp und ich engagiere mich seit siebzehn Jahren für den Erhalt der Trainierbahn als Erholungsgebiet. Tausende Neuenhagener haben sich mit ihren Unterschriften gegen die Privatisierung des Geländes gewandt. Sie wurden nicht gehört. Die Ansprüche der Bürger sind dem neuen Besitzer lästig. Ihm geht es nur um Geld.

Doch der Kampf geht weiter. Es geht um unser Neuenhagener Grün, unsere Bäume, unsere Luft und unsere Umwelt. Denn jetzt möchte sich die Rennbahn-GmbH von der Gemeinde auch noch die Genehmigung für Abholzungen holen. Machen wir uns nichts vor, die Rennbahn-GmbH will offensichtlich mehr als nur den internationalen Pferdesport. Sie will mehr Großkonzerte und sie will mehr Bebauung. Neuenhagen ist dagegen nicht wehrlos. Es hat planungs- und ordnungsrechtliche Instrumente. Wir brauchen nur einen Bürgermeister, der sie konsequent im Interesse der Gemeinde einsetzt und nicht einknickt.

Für mich ist die Position der Bürgermeister-Kandidaten zum Umgang mit der Trainierbahn deswegen ein entscheidender Punkt. Ich werbe für Sven Kindervater, der in diesem Kampf immer an unserer Seite gestanden hat und dies auch weiter tut. Ich höre immer wieder, dass Sven Kindervater noch so jung ist. Das stimmt. Genauso stimmt, dass er sich zur Trainierbahn immer klar positioniert hat. Also, geben sie Ihrem Herzen einen Stoß.

irmgard Kortkamp engagiert sich für den Erhalt der Trainierbahn bei der Bürgerinitiative GreenPark e.V.

Zu den Bürgermeisterwahlen am 25. Februar 2018

Yvonne Limp: Was mich als Mutter beschäftigt

Als ich die letzte Ausgabe von Ansichten – Aussichten zu den Bürgermeisterwahlen in meinem Briefkasten hatte, habe ich mir auch Gedanken über unsere Gemeinde gemacht.

Seit vielen Jahren bin ich eine Neuenhagenerin und genauso lange gehe ich mit offenen Augen durch unsere Gemeinde und unterhalte mich gern mit Freunden und Nachbarn. Ich sehe Dinge, die nicht haltbar oder hinnehmbar sind oder die optimiert werden müssten. Ich habe mehrfach versucht mich mit meinen Anliegen an die Gemeinde zu wenden, habe aber nur selten ein offenes Ohr oder Hilfsbereitschaft erfahren.

Für eine bessere Bildungspolitik

Es gibt keine Oberschule und das Gymnasium muss jährlich Schüler ablehnen wegen Kapazitätsmangel! Es gab auf eingebrachte Vorschläge zum Schülertransport nur Versprechen, aber keines wurde jemals im Sinne unserer Kinder verwirklicht! Wie oft habe ich Anrufe meines Kindes erhalten, Mama kannst Du mich abholen? Mein jüngerer Sohn geht/fährt täglich nach Grünheide um das Gymnasium zu besuchen. Ich würde mir für die Zukunft von Neuenhagen und allen Kindern und Eltern, die es noch vor sich haben, wünschen, dass wir den Schulcampus am Gruscheweg auch mit einer Oberschule ausstatten können, die auch sinnvoll an das Verkehrsnetz angebunden ist.

Alternativen zum Bahnhof

Das nächste, was mich als Mutter aktuell beschäftigt, ist die Jugend! Wo gehen unsere Jugendlichen eigentlich hin? Ich bin froh, dass mein Kind und seine Freunde keine „Kinder vom Bahnhof“ sind. Aber für diese Generation wird hier zu wenig geboten. Deswegen das „grottige“ Erscheinungsbild am Bahnhof, weil es keine Bar oder einen Jugendclub in zentraler Lage gibt, welcher der Jugend am Wochenende attraktive Angebote macht.

Ausbau des ÖPNV

Der innerörtliche Verkehr ist eine Katastrophe, aber leider mangels Alternativen hausgemacht. Aber: Überlegungen zu alternativen Verkehrskonzepten haben mich echt angestachelt. Busse auf Abruf, Elektrofahrräder oder/und E- Rollerverleihstationen am Bahnhof! Das finde ich toll, da wäre ich dabei und meinem Auto und der Luft von Neuenhagen würde dies auch gefallen und den Autoverkehr innerorts entlasten.

Meine Träume sind u.a. der 10 Minuten S-Bahn-Takt, ein Bus der öfter durch Neuenhagen fährt, ein Hallenbad, ein Jugendclub oder eine Jugendbar. Mehr Sicherheit für Mensch und Rad am Bahnhof, eine Oberschule und eine eigene Schulküche. Diese Aufzählung ist nicht abschließend, es sind nur ein paar Dinge um die sich meine Gedanken drehen.

Was erwarten Sie von Ihrem neuen Bürgermeister?

Mischen Sie sich ein

Jeder könnte seine eigene Liste der Probleme fortsetzen. Aber es gibt ja auch schöne Dinge und Ecken in Neuenhagen! Wir sollten nicht so viel meckern und die Dinge angehen und mitwirken! Ich frage Sie: Was stört Sie? Was würden Sie ändern wollen? Was wünschen Sie sich für Neuenhagen? Sie haben eine Meinung und eine Stimme! Äußern Sie sich und bitte, gehen Sie am 25. Februar 2018 zur Bürgermeisterwahl und geben Sie Ihrer Meinung eine Stimme!

Norwin Wundke: Neuenhagens Unternehmen

Seit 1998 bin ich Unternehmer der K-M-V Krane GmbH mit Firmensitz im Neuenhagener Gewerbegebiet.

Im Vergleich zu den Gewerbetreibenden und Einzelhändlern im Ort haben wir andere tägliche Ansprüche und Probleme.

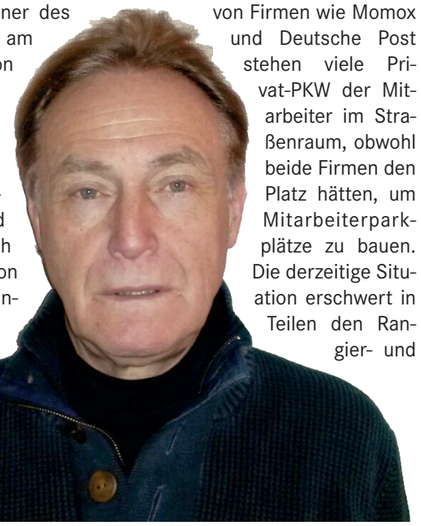
Sicherheit im Gewerbegebiet

Ein seit Jahren immer wiederkehrendes Problem ist die hohe Einbruchsintensität im Gewerbegebiet. Die wirtschaftlichen Ausfälle, die unseren Unternehmen dadurch entstehen, sind immens. Anfang dieses Jahres trafen sich die Unternehmer, um über diese Fragen zu reden. Es geht um ein gemeinsames Sicherheits- und Ordnungskonzept. Die Unternehmer haben durch vielfältige Informationen und Gespräche, u.a. Veröffentlichungen in der MOZ, Gespräche mit dem Gewerbeverband und dem Bürgermeister, auf die Situation aufmerksam gemacht.

Nachdem es vor drei Monaten wieder zu einer großen Einbruchserie kam, müssen wir als Unternehmer jetzt dringend handeln. Unsere Überlegungen laufen auf folgende Punkte zur Sicherung des Gewerbegebietes hinaus:

- Ein Schrankensystem an der Straße Zum Erlenbruch und Am Wall, Richtung Fichtestraße.
- Die Straße Am Umspannwerk sollte gänzlich vom Gewerbegebiet abgebunden und nur noch für Fahrradfahrer und Fußgänger zu nutzen sein.

Daraus ergäbe sich, dass zum einen die Anwohner des Wohngebietes am Umspannwerk von der extremen Geräuschbelästigung durch den starken LKW-Verkehr befreit werden und zum zweiten sich die Unfallsituation an den Einmündungen Aldi und Altlandsberger Chaussee extrem verringert.



Durch die Schranken können nur autorisierte Fahrzeuge in das Gebiet einfahren. Damit kann zumindest Großkriminalität verhindert werden.

Hier stellen wir uns eine Zusammenarbeit mit der Gemeinde dahingehend vor, dass wir bei der Planung und Genehmigung dieses Vorhabens aktiv unterstützt werden.

Parksituation entschärfen

Weiterhin würden wir uns wünschen, dass die Verwaltung die Parksituation im Gewerbegebiet aktiv klärt. Gerade von Firmen wie Momox und Deutsche Post stehen viele Privat-PKW der Mitarbeiter im Straßenraum, obwohl beide Firmen den Platz hätten, um Mitarbeiterparkplätze zu bauen. Die derzeitige Situation erschwert in Teilen den Rangier- und LKW-Verkehr der Firmen.

Aber wir denken auch weiter. Wir stellen uns vor, vielleicht einen halbjährlichen Unternehmerstammtisch im Rathaus mit der Verwaltung und Gemeindevertretern durchzuführen, um alle Fragen, Ideen und Innovationen zu besprechen.

Junge Unternehmer fördern

Lassen Sie uns darüber hinaus junge Unternehmer und die es werden wollen, dazu einladen, gemeinsame Schnittstellen des Handelns auszuloten. Jeder Unternehmer hat tragfähige Vorstellungen u.a. für Zulieferungen bzw. Subunternehmerleistungen rund um sein Produkt. Damit erhöht sich die Geschwindigkeit und die Effizienz des Wertstroms in den Unternehmungen, die Gründung von jungen Unternehmen wird gestützt und es werden sogenannte kleine AGs gegründet.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass die Neuenhagener Unternehmen unseren Ort auch über die Ortsgrenzen hinaus bekannt machen.

Kurz – lassen Sie uns miteinander reden. Denn: Wenn es den Unternehmen gut geht, geht es auch der Gemeinde gut.

Eisenbahnstrasse: Die nie enden wollende Geschichte

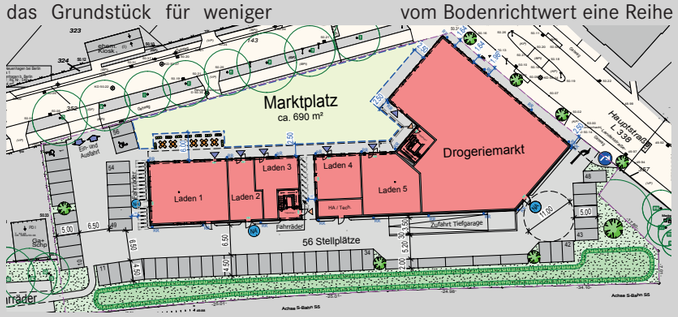
Sven Kindervater

Auf ihrer Dezembersitzung hat die Gemeindevertretung nun die lang erwarteten Entscheidungen zum Einkaufszentrum in der Eisenbahnstraße getroffen. Der Inverstor, Herr Matthias Holst, erwirbt das Areal zu einem Preis, der deutlich unter dem ermittelten Bodenrichtwert liegt. Dafür sichert der mit dem Geschäft verbundene städtebauliche Vertrag für die Gemeinde auch nach dem Verkauf an Holst wichtige Rechte und Mitsprachemöglichkeiten, nicht zuletzt ein Gewinnabschöpfung für die nächsten 20 Jahre. Der ebenfalls beschlossene Bebauungsplan greift eine Reihe von Kritiken auf.

Was hält DIE LINKE nun von der ganzen Sache?

Wir bekommen nun (Baubeginn frühestens Ende 2018) den Drogeriemarkt, den viele Neuenhagener unbedingt wollen und brauchen. Es wird ein Marktplatz gebaut, der dann uns gehört. Es soll einen zweiten Zugang zum Bahnsteig geben, eine Fahrradabstellanlage, eine Lärmschutzwand, einen Pkw-Parkplatz, eine öffentliche Toilette und einen Ersatzneubau für drei Gewerbeeinheiten. Und ein Vorkaufsrecht ist nun garantiert. Mit dem Vertrag und dem B-Plan haben wir kein Problem. Deswegen konnten wir zustimmen.

Beim Kaufpreis jedoch ist das Kind in den Brunnen gefallen. Hier ist die ganze Verhandlungsführung des Rathauses aus unserer Sicht kritikwürdig. Nach dem Bodenrichtwert wäre das Grundstück ca. 730.000 Euro wert. Ursprünglich wollte das Rathaus es für 516.000 Euro verkaufen, nun sind es 525.000 Euro geworden. Die Gemeinde verkauft das Grundstück für weniger Geld als sie für den Ankauf und weitere grundstücksbezogene Maßnahmen aufgewandt hat.



Die Kaufpreisabsenkung kommt dadurch zustande, dass vom Bodenrichtwert eine Reihe von Aufwendungen abgezogen werden. Der größte Posten ist dabei die Errichtung des Marktplatzes, die mit ca. 180.000 Euro im Haushalt veranschlagt ist.

Natürlich soll die Gemeinde den Platz zahlen, wenn sie ihn bestellt. Aber warum wird das nicht sauber getrennt und nach Erstellung abgerechnet? Weil man sonst den Kaufpreis gegenüber dem Bodenwert nicht hätte absenken können! Eine durchsichtige Operation.

Und so ist es nicht weiter verwunderlich, dass das stärkste Argument der Befürworter dieses Herangehens darin bestand, immer wieder anzudeuten, dass der Investor ohnehin nicht mehr zahlen will. Das mag sein gutes Recht sein. Aber ist es unsere Aufgabe, dem bedingungslos zu folgen?

Es ist zudem bedauerlich, dass die Anträge der LINKEN und Parteilosen, ein Gutachten, der den Wert des Grundstücks als Einzelhandelsfläche darstellt, nicht gefolgt wurde. Der Eindruck eines politisch motivierten Unterwertverkaufes ist für uns nicht ausgeräumt.

Im Ergebnis sagen wir auf der einen Seite ja zum städtebaulichen Vertrag und dem Bebauungsplanplan, akzeptieren auf der anderen Seite die Mehrheit, die auch dem Kaufpreis zugestimmt hat.

Diesbezügliche Versäumnisse liegen beim Rathaus. Viele Neuenhagenerinnen wollen keine Brache in der Eisenbahnstraße. Und nicht auf einen Investor warten, der eventuell mehr zahlt.

Zur Absage der Verwaltungsstrukturreform - Wie soll es jetzt weitergehen?

Ralf Christoffers ist Vorsitzender der Linksfraktion im Landtag

Der Weg, den die rot-rote Koalition zur Verwaltungsstrukturreform wollte, hat sich als nicht weiter gangbar erwiesen. Er fand vor allem in den Kommunen, der bürgerschaftlichen Selbstverwaltung, keine aktive Mehrheit. Der Dialog hat die Türen nicht geöffnet, sondern die Fronten massiv verhärtet. Demokratie muss ohne Brechstange auskommen und braucht Mehrheiten in der Gesellschaft. Wie sollte es jetzt weiter gehen? DIE LINKE hat dazu einige Vorschläge gemacht:

Jetzt investieren!
Einen Großteil der für die Verwaltungsstruktur bestimmten Mittel sollen für Investitionen in die Infrastruktur des Landes eingesetzt werden, um u. a. die Digitalisierung, den sozialen Wohnungsbau, die Krankenhäuser und die Mobilität entsprechend den unterschiedlichen Bedingungen im Land Brandenburg weiter voran zu bringen.

Kommunalfinanzen weiter verbessern!
Wir streben eine verbesserte Finanzierung der kommunalen Familie an und wollen deshalb die Verbundquote erhöhen, den Soziallastenausgleich werden wir ausbauen. Ein neues Finanzausgleichsgesetz soll das noch in dieser Legislatur sicherstellen.

Beim Schuldenabbau helfen!
Wir stehen zu der Zusage, den kreisfreien Städten bei der Entschuldung zu helfen. Eine Teilentschuldung durch das Land ist möglich, wenn die Städte Bereitschaft zu einer Kooperation mit den benachbarten Kreisen in zentralen Bereichen zeigen.

Aufgaben übertragen
Gemäß den Ergebnissen der sich seit Jahren mit der Materie beschäftigenden Enquete-Kommission und des seitherigen Diskussionsprozesses ist zu prüfen, welche weitere Aufgaben an die Städte und Gemeinden übertragen werden sollten.

Zusagen einhalten!
Als Begleitmaßnahmen für die Verwaltungsstrukturreform waren Gelder zur Unterstützung überörtlicher Kunst und Kultur für die Oberzentren und auch für die Städte Schwedt und Senftenberg zugesagt worden. Daran wollen wir weiter festhalten.

Perspektiven für die Forstwirtschaft
Wir werden sicherstellen, dass die Gespräche zur Perspektive der Forstwirtschaft mit dem Ziel weitergeführt werden, einen Einstellungskorridor zu sichern und Altersteilzeit einzuführen.

Demokratie ausbauen, Ehrenamt stärken
Wir halten daran fest, dass die Kreistagsfraktionen in ihrer ehrenamtlichen Arbeit deutlich mehr und besser unterstützt werden müssen.

Zusammenarbeit fördern!
Verwaltungskooperationen und freiwillige Fusionen werden wir auch weiterhin unterstützen. Wir bleiben bei Unterstützung freiwilliger Zusammenschlüsse von Kommunen (Mitverwaltungsmodell, Amtsgemeinde-Modell).

Aus dem Bund

Unverantwortliches Handeln der Siemens-Manager muss Konsequenzen haben

Sahra Wagenknecht ist Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag

Trotz eines Rekordgewinns von 6,2 Milliarden Euro will der Siemens-Konzern 7000 Arbeitsplätze abbauen, davon rund 3000 in Deutschland – und das, obwohl die betroffenen Standorte rentabel wirtschaften. Das ist eine unglaubliche Provokation. Ich unterstütze die scharfen Reaktionen der Arbeitnehmervertreter und der IG Metall und halte sie für vollkommen gerechtfertigt. Es ist dreist, dass Siemens in erheblichem Ausmaß von öffentlichen Aufträgen profitiert und gleichzeitig gesellschaftliche Interessen bei schwerwiegenden Entscheidungen nicht im Geringsten berücksichtigt. Die langjährige Vorfahrt-für-Profite-Politik hat die Rahmenbedingungen für solche unsozialen Entscheidungen à la Siemens geschaffen. Es muss endlich Schluss damit sein, dass eine gnadenlose Profit-Steigerung durch Arbeitsplatzabbau zu Lasten der Arbeitnehmer und zu Gunsten der vielfach superreichen Konzerneigentümer möglich ist. Auf Dauer hält das keine Demokratie aus. Deshalb darf das verantwortungslose Handeln der Siemens-Manager nicht nur durch wohlfeile Worte bedauert, sondern muss durch Regeländerungen zukünftig unmöglich gemacht werden. Konzerne müssen wieder in die Pflicht genommen werden. Die Politik muss verhindern, dass Unternehmen tausende Arbeitsplätze vernichten, um Profite für Shareholder zu maximieren. Massenentlassungen in profitablen Unternehmen können und sollten gesetzlich verboten werden. Auch der verbreiteten Mitbestimmungs- und Tarifflucht muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Über strategische Investitionen, Umstrukturierungen und Standortentscheidungen sollte das Management mit Vertretern der Beschäftigten verhandeln. Spätestens wenn ein Unternehmen mehr als 500 Mitarbeiter beschäftigt, sollte die Belegschaft daher gleichberechtigt mitentscheiden dürfen.

Was kann eine bürgernahe Verwaltung für Neuenhagen leisten?

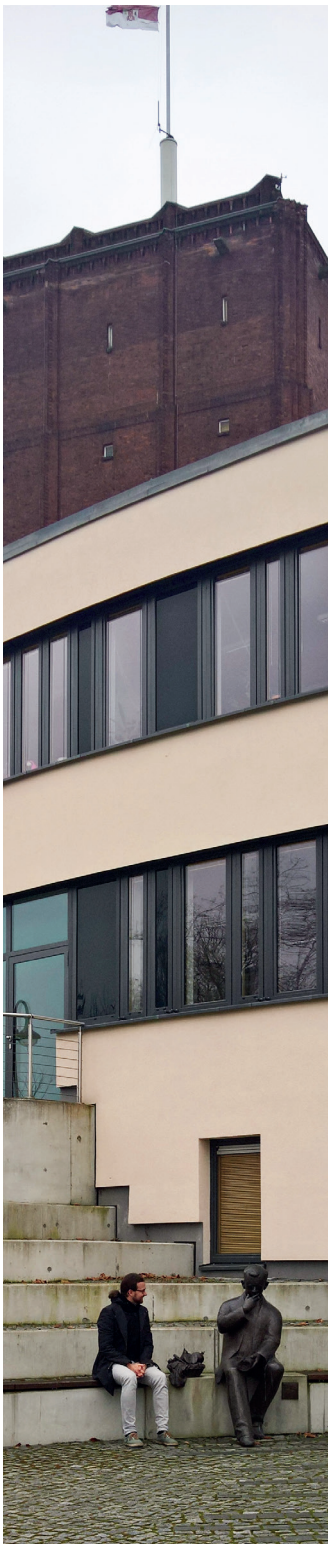
Kein Bürgermeisterkandidat ohne das Versprechen einer bürgernahen und transparenten Verwaltung. Unentwegt wird es landauf, landab versprochen. Aber was steckt dahinter?

Der Anspruch der Bürgerinnen und Bürger an ihre Verwaltung ist gewachsen. Sie bestehen zu Recht auf das Gespräch auf Augenhöhe. Über die Sitzungen informieren sie sich vorab digital, diskutieren über die sozialen Medien und schreiben fleißig E-Mails an die Entscheidungsträger. Den zuständigen Mitarbeiter finden sie auf der Webseite der Gemeinde, die Verordnungen und Richtlinien verrät ihnen die Suchmaschine und auf den Nachrichten-Portalen erfahren sie von kommunalen Lösungen quer über die Republik.

Kurzum: Bürger und Verwaltung sind vernetzt. Ich habe den Eindruck, dass die Mitarbeiter der Neuenhagener Verwaltung sich auf diesen Wandel eingestellt haben und sich grundsätzlich als Dienstleister für den Bürger verstehen. Das ist ein guter Ausgangspunkt, um mehr Bürgernähe zu erreichen.

Ich will als einer der Bürgermeisterkandidaten meine persönlichen Vorschläge und Ideen für eine bürgernahe Verwaltung darlegen. Bürgernähe wird an vielen Dingen gemessen. Da geht es um Transparenz, Verbindlichkeit, natürlich auch Schnelligkeit und Effizienz, Zugänglichkeit und Freundlichkeit. Wir haben in Neuenhagen gerade in der letzten Zeit einige Konflikte zwischen Bürgern und Verwaltung erlebt. Ich finde: Wer Bürgernähe will, sollte auch bereit sein, sich auf Konflikte einzulassen. Denn es gibt nichts, was man einfach so hinnehmen muss. Es gibt nichts, was in Stein gemeißelt ist. Von der großen Idee bis zur kleinen Nachfrage – jeder muss die Möglichkeit haben, sich einzumischen und die Geschicke der Gemeinde zu gestalten

Konkret bedeutet das für



mich:

1. Information für alle: Vor dem Austausch steht die Information. Die Beschlüsse der Gemeindevertretung sollten kostenlos in alle Haushalte, wahlweise auch digital. Über eine neue Infobroschüre soll auch den Fraktionen mehr Raum gegeben werden. Die Internetpräsenzen der Gemeinde sind komplett zu überarbeiten und am tatsächlichen Verhalten auszurichten – auch auf den Tablets oder Smartphones. Insgesamt soll eine Plattform entstehen, auf der Informationen und auch Meinungen ihre Verbreitung finden.

2. Der direkte Kontakt: Die Gemeinde Neuenhagen geht bereits mit gutem Beispiel voran, denn alle Mitarbeiter sind gelistet und per E-Mail und Telefon erreichbar – keine Selbstverständlichkeit. Aber ähnlich wie beim Märker gibt es weitere Möglichkeiten zu signalisieren, dass etwas eingegangen ist und wie weit die Bearbeitung ist. Das führt nicht zuletzt auch dazu, dass ein besseres Verständnis über Abläufe und Prozesse herrscht. Was sich erklären lässt, führt auch nicht zu Verstimmungen.

3. Bürgerhaushalt: Das erste Quartal im Jahr sollte den Bürgervorschlägen gewidmet werden. Über den Sommer erarbeitet die Verwaltung traditionell den Haushalt, das heißt, im zweiten Quartal sollte aus den Vorschlägen eine Prioritätenliste erarbeitet werden, sodass im dritten Quartal dann die Erarbeitung folgt und im vierten Quartal die Beschlussfassung. Ich bin dagegen, Bürgern nur kleinere Beträge zur Abstimmung zu stellen – von der Parkbank bis zur Schwimmhalle müssen alle Vorschläge legitim sein.

4. Vorschlags-Portal: Auch außerhalb der Haushaltsberatungen sollte es Foren geben, bei denen man seine Sichtweise und Vorschläge einreichen kann. Ob zu aktuellen Themen aus der Gemeindevertretung oder zu ganz neuen Ideen – viele Bürger haben in bestimmten Feldern eine breite Expertise und sollten diese hier einbringen können. Wir müssen den Mut haben, die Diskussion zu öffnen, auch wenn das mitunter anstrengender werden dürfte.

5. Abstimmungen: Durch die von uns mit initiierte Einwohnerbeteiligungs-Satzung gibt es bereits die Möglichkeit einer Bürgerbefragung. Diese sollte nun auch genutzt werden, aber auch erweitert: Mein Opa ist stolze 80 geworden dieses Jahr – mit seinem Smartphone schickt er mit Bilder via Whatsapp, liest seine E-Mails und sucht die Bahnverbindungen raus. Warum soll er damit nicht auch abstimmen dürfen? Auch wenn Datenschutz und Umsetzung noch einige Hürden mitbringen: Es gibt Lösungen dafür und die Alternative, es nicht zu versuchen, ist keine.

6. Bürgerversammlungen: Dieses bereits sehr oft genutzte Instrument sollte weiterhin so stark genutzt werden. Aber auch hier müssen wir über die Form reden. Ob die Bürger bspw. zuletzt beim Regenwasser wirklich erst einmal über eine Stunde über die Konzepte informiert werden wollten, bevor sie auch mal zu Wort kamen, zweifle ich an. Ich sage nicht, dass das nicht dazu gehört – es kommt auf das Wie an. Mit modernen Kommunikations-Methoden soll ein echter Dialog im Raum entstehen und weniger verkündet und belehrt werden. Auch traut sich nicht jeder, vor großer Menge zu sprechen. Das kann man aufgreifen. Die Erfahrungen der „Engagierten Stadt“ sind wahrzunehmen und sollten weiter breit unterstützt werden.

Was halten Sie von diesen Ideen? Ihre Meinung interessiert mich. Gerne können Sie mich kontaktieren unter:

www.team-kindervater.de

Neuenhagener Verkehrsprobleme im RBB

Angela Kann ist stellv. Fraktionsvorsitzende und Mitglied im FA

Der RBB hat am 27.11.2017 über die bekannten Verkehrsprobleme rund um die Fichtestraße berichtet. Dank dafür gebührt nicht nur den Journalisten, sondern auch den BürgerInnen, wie Frau Wolf, die diese Missstände in die Öffentlichkeit gebracht haben.

Der Verkehr in Neuenhagen ist immer ein Thema, welches viele Gemüter erhitzt. Das gilt im besonderen Fall für die Kreuzung Fichtestraße / Hauptstraße / Eisenbahnstraße. Der größte Unfallschwerpunkt im Landkreis sorgt für viele Probleme, auch das Durchfahrtsverbot für LKW wird regelmäßig zum Ärger der Anwohner ignoriert. Ein Gutachten hat hier empfohlen, wenigstens den neuen Gruscheweg so abzubinden, dass zumindest nicht noch mehr Verkehr in dieser Kreuzung mündet. Doch dieses Gutachten wurde ignoriert.

Bürger hatten oft recht

Gleichzeitig zieht man es in anderen Debatten heran, um zu beweisen, dass der Verkehr, etwa beim neuen Drogeriemarkt in der Eisenbahnstraße, zu bewältigen sei. In vielen früheren Fällen hatten die Bürger mit ihren Hinweisen recht. Auch beim Gruscheweg und zur Eisenbahnstraße haben sie auf die Probleme hingewiesen. Ca. 1000 neue Einwohner sollen in den Gruscheweg ziehen und der meiste Verkehr wird Richtung Süden erwartet – wo, wenn nicht über die Fichtestraße wäre da der natürliche Abfluss?

In so einer Situation sollte man es den Anwohnern nicht verübeln, dass sie mittlerweile gegen die Beschlüsse der Gemeinde geklagt haben. Während Bürgermeister Jürgen Henze dieser Tage eingesteht, dass die Fichtestraße misslungen sei und die Bedenken von damals hätten gehört werden müssen, erinnern andere daran, dass es auch hierbei hieß: Vielleicht binden wir vor der Brücke zum Gewerbegebiet eines Tages ja ab, damit die LKWs nicht an den Häusern der Bürger entlang donnern. Es donnert bis heute.

Verkehr entschärfen: konkrete Vorschläge

Wir können nicht mehr dabei stehen bleiben, was alles nicht geht. Der Verkehr muss gere-gelt werden und darunter wird der Komfort leiden. LKWs nutzen die Fichtestraße, weil sie schnell und bequem ist. Die Polizei wird das Problem nicht lösen können, sie ist kein Ersatz für Politik.

Unser Bürgermeister-Kandidat Sven Kindervater hat dazu in seinem Programm und in den Ausschüssen folgende Vorschläge gemacht:

1. Abbindung des Gruschewegs Ecke Jahnstraße
2. Jahn- und Fichtestraße zur Einbahnstraße
3. Verengung der Einfahrten von Jahn- und Fichtestraße
4. Abbindung der Fichtestraße Ecke Gruscheweg

Verkehr entschärfen

Wir bevorzugen die Einbahnstraßen-Regelungen, denn so würden die Kreuzungen deutlich entschärft, weil dadurch das Abbiegen nur in einige wenige Richtungen möglich wird. Es reicht ja, dies bis zur Schmidtstraße anzulegen. Und natürlich müsste man baulich dafür sorgen, dass auf dieser Strecke dann nicht gerast wird und das illegale Einfahren, wie es etwa in der Eisenbahnstraße üblich ist, auch nicht attraktiv wäre. Und auch, wenn es rechtlich schwierig ist, sollte man eine Abbindung des Gewerbegebiets vom Wohngebiet wieder auf die Agenda holen.

Korrektur: Den Antrag zur aufsuchenden Jugendarbeit (Streetworker) haben DIE LINKE und DIE GRÜNEN gemeinsam eingereicht.

Der Bürgerverein Neuenhagener Zentrum e.V. lädt ein:

NeueNHaGeN 2026

Podiumsdiskussion mit den Bürgermeisterkandidatinnen

15. Januar 2018 · 19.00 Uhr · Bürgerhaus Neuenhagen

Impressum
ANSICHTEN - AUSSICHTEN

Herausgeber: Ortsverband Neuenhagen bei Berlin der Partei DIE LINKE
Dr. Arno Gassmann
Wolterstr. 12
15366 Neuenhagen bei Berlin

Koordination: Sven Kindervater

Die Zeitung wird durch Spenden finanziert. Veröffentlichte Zuschriften müssen nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

neuenhagen@dielinke-mol.de